

Zwei Jahre rot-grüne Kulturpolitik in Wien – Wir ziehen Zwischenbilanz.

I. Anlass:

Seit zwei Jahren regiert in Wien eine rot-grüne Koalition. Zur Halbzeit der rot-grünen Stadtregierung war es nun Zeit, kulturpolitische Bilanz zu ziehen. Aus diesem Anlass luden wir die Spitzen der Wiener Kulturpolitik ein zur Diskussionsreihe „Kultur?“. Da der Wiener Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (SPÖ) jedoch nun bereits zwei fix zugesagte und von ihm ausgewählte Termine kurzfristig platzen ließ und die in der Koalitionsvereinbarung vereinbarten Punkte bis dato nur wenig umgesetzt wurden, wenden wir uns direkt an die Öffentlichkeit.

II. Wo steht die rot-grüne Kulturpolitik?

- Zeitgenössisches Kulturschaffen, Präsenz im öffentlichen Raum

Im Regierungsübereinkommen heißt es, dass Innovation und zeitgenössisches Kulturschaffen für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft unabdingbar sind. Innovation und Zeitgenössisches Kulturschaffen entwickeln sich dabei meist aus freien Strukturen, doch diese Initiativen werden zum Großteil wenig bis gar nicht von der Stadtregierung gefördert. Schöpferische Kulturarbeit existiert oft unter prekären Arbeitsverhältnissen.

- Kultur Info Service

Die Umsetzung des rot-grünen Programms weist aber auch Positivbeispiele auf wie etwa das Service Center Kultur. Es ist als offene, sichtbare und niederschwellige Anlaufstelle für Kulturarbeiter_innen gedacht. Die operative Planung und Umsetzung übernimmt unter dem Namen KIS - „Kultur Info Service“ die IG Kultur Wien, auch wenn von der beantragten Fördersumme nur knapp zur Hälfte zugesprochen wurde.

- Kultur- und Stadtentwicklung, Dezentrale Kunst und Agentur für Zwischennutzung & Leerstand

Ob nun Kultur an der Peripherie oder das Partizipieren von kulturell und sozial nutzbaren Räumen, die Bedürfnisse der zukünftigen Bewohner_innen und Nutzer_innen müssen mitgedacht werden. Die aktuelle Planung der „Agentur für Zwischennutzungen“ zeigt aber, wie wenig die Stadt Wien und im Speziellen der Kulturstadtrat an einem Austausch interessiert sind.

Eine umfassende Studie in Kooperation mit der TU-Wien zeigt dabei deutlich, dass die Stadt Wien meilenweit von einer fairen Verteilung ihrer räumlichen Ressourcen entfernt ist. Die Kritik an hohen und weiter steigenden Mieten für Raumnutzungen und die Forderung nach einer langfristigen Strategie für nachhaltige Leerstandsnutzung bleiben neben dem kaum hinterfragten Zwang nach Verwertbarkeit ungehört.

III. Aktuelle Situation

- Offene Diskussionskultur? - Mailath-Pokorny verweigert Diskussion

Im Koalitionsübereinkommen hebt die Wiener Regierung eine offene Diskussionskultur und Partizipation an kultur- und gesellschaftspolitischen Fragen die Zukunft Wiens betreffend klar hervor. Von einem Dialog kann in der Realität aber keine Rede sein, ganz im Gegenteil. So sagte Mailath-Pokorny in letzter Zeit gleich zweimal eine hochkarätig besetzte Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema ab: um bei einer Eröffnung den Bürgermeister zu vertreten und wegen dem Beiwohnen an einer Premiere.

Wir schließen daraus, dass dem Stadtrat die freie und autonome Kulturszene nicht wichtig genug ist und er die Selbstrepräsentation dem Diskurs vorzieht.

- Prekarisierung von Kulturarbeit - Wo bleibt die Politik?

Kulturarbeit basiert sehr oft auf Selbstausbeutung. In der Fair Pay Kampagne der Ländervertretung wird deutlich, dass eine faire Bezahlung freier Kulturarbeiter_innen praktisch nicht existiert. Rund 80% des Kulturbudgets fließen in landeseigene Institutionen. Deren Personalkosten steigen jährlich durch automatische Indexanpassungen, was zugleich die Reduktion der allgemeinen Förderungen bedingt. Dies wirkt sich negativ auf die Freie Szene aus und begünstigt die weitere Prekarisierung bis hin zur Armutsgefährdung. Gerade einmal 2,5% der Gesamtausgaben für Kultur gibt die Stadt Wien für die Freie Kulturszene aus. In einem Interview des Wiener Kulturstadtrats zur Fair Pay Kampagne sieht Mailath-Pokorny hier jedoch wenig Steuerungsmöglichkeit der Kulturpolitik und verweist auf die Sozialgesetzgebung und die gesetzlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen. Gleichzeitig hält er im Positionspapier „Wien denkt weiter“ aber fest, dass das kreative Potential einer Stadt in der Subkultur liege und diese von der Kulturpolitik gefördert werden muss. Wie passt das mit den Millionenausgaben etwas für das Popfest oder das Donauinselfest aus dem Kulturbudget zusammen?

IV. Unsere Forderungen:

- Bessere Kommunikationsstrukturen

Wir wollen endlich wissen, wie sich die Politik und insbesondere der Kulturstadtrat die Kommunikation mit freien und autonomen Kulturschaffenden und ihren Interessenvertretungen konkret vorstellen. Im rot-grünen Koalitionsabkommen steht: Kulturpolitik bedeutet die Beteiligung aller. Es ist höchst an der Zeit, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Kulturschaffende sind keine Bittsteller.

- Mehr Geld für die freie Szene und faire Umverteilung

Wir fordern die Aufstockung des Wiener Budgets für Kultur für die freie Kulturszene auf mindestens 10% (2009 waren es lt. Studie „Kultur und Geld“ nur 2,5 %), verstärkte Strukturförderungen statt Projektförderungen sowie die Finanzierung von Partei-Kulturveranstaltungen aus der Parteikasse und nicht aus dem Kulturbudget.

- Abbau von Bürokratie und transparenterer Umgang mit Fördermitteln

In den letzten Jahren sind die Abrechnungsmodalitäten zunehmend zu einer BüroCRAZY geworden. Der Aufwand für Kleinstförderungen steht in keiner Relation mehr zum gewährten Betrag. Wir fordern daher Pauschalabrechnungen für Kleinförderungen bis € 5.000.-. Die Transparenz über den Förderbedarf von Kulturarbeiter_innen muss zudem weiterhin gewährleistet werden.

- Die Umsetzung einer nachhaltigen und nutzer_innenorientierten Leerstandsagentur

Wir fordern weiterhin einen Runden Tisch aller Beteiligten zur Umsetzung eines Leerstandsmanagements für Wien (Agentur für Zwischennutzung). Der Kulturstadtrat soll dabei endlich seine Verantwortung als Ressortleiter wahrnehmen.

- Weiterführung und Ausbau der finanziellen Unterstützung für das KIS (Kultur Info Service Wien)

Wir begrüßen das Bekenntnis der Stadt zur Förderung einer unabhängigen Beratungsstelle für Kulturarbeiter_innen. Um einen langfristigen Erfolg zu sichern, ist jedoch eine über die aktuelle Basisunterstützung hinausgehende Finanzierung ab 2014 nötig.